

Bezugspreis
Für Halle monatlich bei postamtlicher
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 3.80 Mark
anschließlich Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im amt-
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Social-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuscripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
der „Social-Zeitung“ gestattet.
Jensen der Schriftleitung Nr. 1146,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1148,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1153
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4699.

Zeitung

Stundausgabe.

Rayeigen
werden die österr. Kolonialzeitung
über deren Raum mit 30 Vfr. berech-
net und in unsern Finanzstellen
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Reflektieren die Seite 1 Nr.
Schluß der Anzeigen-Annahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntag-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenanfragen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Dr. Braunsstraße 17.
Teleb.-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 326.

Halle, Sonnabend, den 14. Juli

1917.

Der Rücktritt des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg.

Dr. Michaelis Reichskanzler.

WTB. Berlin, 14. Juli. Nichtamtlich. Wie verlautet, ist die vom Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg erbetene Entlassung aus seinen Ämtern bewilligt und zu seinem Nachfolger der bisherige Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium und Staatskommissar für Ernährungsfragen Dr. Michaelis ernannt worden. Eine amtliche Nachricht liegt noch nicht vor.

Die Kanzlerkrisis.

Wie wir voraussetzen, hat der Wahlformelrat die Stellung des Kanzlers nicht mehr festigen können. Es war eine halbe Maßnahme, die die Anhänger einer gründlichen Neuordnung nicht mehr befriedigte und ihm die Gegner des gleichen Wahlrechts zu erbitterten Feinden machte. Die „Deutsche Tageszeitung“ führt den Meigen und sie wirft dem Kanzler vor, daß er den „Untergang des alten Preußens“ verschuldet hat. In ähnlicher Tonart sekundieren ihr konservativ und alldeutsche Blätter.

Merkwürdigerweise tritt bei letzteren nicht mehr die Frage der Friedensziele sehr stark in den Vordergrund. Aber die Gegnerhaft, wie immer auch begründet, bleibt bestehen. So hat die Partei mehr süßen und desto wird sein Abgang unvermeidlich. Eine Regierung, die für Volkswohl eintritt, kann nicht durch einen Kanzler und Minister repräsentiert werden, der aus diesem oder jenem Grund die ganze Volkvertretung gegen sich hat.

Aber wenn man sich auch darüber einig ist, daß Herr von Bethmann Hollweg's Stellung unhaltbar geworden ist, so ist damit die Krisis noch nicht beendet, denn sein Nachfolger wird schwer zu finden sein.

Zunächst schon deshalb, weil die bisher in Preußen-Deutschland übliche Form der Ministerernennungen nicht mehr an- gangig ist. Müste Herr von Bethmann von seinem Plaze weichen, weil er den Parteien nicht mehr genehm war, dann werden diese sich das Recht nicht nehmen lassen, den Nachfolger auf Herz und Nieren zu prüfen. Ist er dem Reichstag kein genehmer Mann, so fällt er, ehe er sein Amt noch angetreten.

Man hat sich in der nationalliberalen Partei gegen die Parlamentarisierung gekümmert. In Wirklichkeit aber sind wir bereits auf dem raschesten Wege zur Parlamentarisierung, sobald der Reichstag den Abgang eines ihm nicht genehmen Kanzlers erzwingen kann und die Reichstags- mehrheit Einfluss auf die Auswahl des Nachfolgers hat. Durch den Vorschlag des parlamentarischen Systems fehlt in dieser Situation. Die Parlamentarismehrheit kann ein Veto einlegen gegen jeden ihr nicht genehmen Mann, sie braucht sich aber nicht positiv zu betätigen, indem sie seinen Nachfolger der Krone vorschlägt.

Das ist ein offenkundiger Mißstand, namentlich in der gegenwärtigen Situation. Im Frieden kann sich ein Land wohl den Luxus einer längeren Krisis leisten, wenn es Gewähr dafür hat, daß dafür der führende Staatsmann nun auch wirklich von Ver- trauen der Parteien und der Volksmehrheit getragen wird. Im Kriege ist jede Unsicherheit in der Leitung gefährlich. Der Reichs- wagen kann bei steilerer Fahrt allzu leicht zu Boden kommen.

Es ist deshalb bedauerlich, daß man die Parteien nicht mit verantwortlich für die Folgen gemacht hat und sie gefühllos für die Entscheidung über den Nachfolger des Kanzlers fernhält. Sie sind vom Kronprinzen empfangen, der sich zu informieren wünschte, und von Hindenburg und Ludendorff, die sie — allerdings nicht im Zusammenhang mit der Kanzlerkrisis — informierten. Aber als Berater der Krone in dieser Krisis sind sie nicht herangezogen worden. Leider nicht. Denn eine Mitverantwortlichkeit für die Lösung würde die Parteien der Mehrheit gezwungen haben, in den inner- politischen wie in den Kriegszielefragen sich fester zusammenzuschließen, während jetzt fast jede einzelne Parteischattierung ihre eigenen Wege geht und die Ver- antwortung für die Neuabsetzung des Kanzlerpostens der Krone überläßt, mit der stillen Selbstverwahrung vor Entscheidungen, die ihr unwillig sind. Man hat gesagt: Wir sind für die Parlamentarisierung noch nicht reif. Es fehlt den Par- lamentariern an staatsmännlicher Erfahrung, an ministerieller Praxis. Deshalb können sie nicht Minister werden.

Nun, es gehört vielleicht zum Ministerposten weniger Praxis als ein klares Ziel und ein fester Wille,

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 14. Juli.
Weltlicher Kriegsausplag.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Küste setzte gegen Abend starkes Feuer gegen unsere neuen Stellungen ein. Nachts bei Bombardirung vor- brechende englische Angriffe beachten verlustreich in unserer Abwehrwirkung zusammen.

Auch östlich und südlich von Ypern, sowie in einigen Abschnitten der Aisne-Front war der Artilleriekampf leb- haft.

Bei Vorfeldgefechten nordwestlich von St. Quentin wurde eine Anzahl Engländer und Franzosen gefangen eingebracht.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Westschiffen und Reims nahm die Feuerkraft zu; in der Westkampagne und auf dem linken Maasufer blieb der Artilleriekampf bis zum Einbruch der Dunkelheit hart. Erkundungsvorhänge der Franzosen wurden an mehreren Stellen abgewiesen.

Südlich des Bois Souaine (nördlich von Reims) setzten sich unsere Sturmtruppen in Besitz französischer Grabenränder und hielten sie gegen mehrere Gegenangriffe.

Südwestlich von Comme-Bj vereitelte unser Feuer einen sich vorbereitenden feindlichen Vorstoß.
Im Walde von Ancovert wurden von unseren Aufklärern Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
In der Bohringer Ebene waren die Artillerien tätiger als sonst. Im Westhang der mittleren Vogesen verliefen eigene Erkundungen erfolgreich.

21 feindliche Flieger und ein Fesselballon wurde gefangen in Luftkämpfen und durch Abwehrgeschütze zum Absturz gebracht.

Weltlicher Kriegsausplag.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Bei Dübnau und Smorzon hält die rege Geschütz- tätigkeit an.

In Ostgalizien war das Feuer nur im Abschnitt von Wreżany lebhaft. Starker Regen beeinträchtigte auch südlich des Dnjepr die Kampfhandlungen; dort kam es nur südlich von Kaluj zu heftigen Zusammenstößen.
Bei den übrigen Armeen und an der

mazedonischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

U-Boottaten.

Berlin, 13. Juli. (Amtlich.) Im Englischen Kanal und in der Nordsee wurden durch die Tätigkeit unserer U-Boote wiederum sechs Dampfer, zwei Segler und sieben Fischer- fahrzeuge versenkt.

Darunter befanden sich der englische Dampfer „Solway Fencer“, der englische Motorjäger „Arlet“ mit Paraffin, Naphtin und Kohlen, der bewaffnete französische Dampfer „Argenteuil“, ein durch Flieger und Beobachtungsabzug geführter bewaffneter Dampfer von mindestens 6000 T., ein mittelgroßer Dampfer mit Papier, Papiermühle, Gerben- und geschmitteten Holz, der aus einem Seilzuge heraus- geholt wurde, ein Dampfer, der die Nr. 54 an der Nord- wand führte.

Der Chef des Zentralstabes der Marine.

es zu erreichen, verbunden mit dem Organi- sationsstabsrat, sich dafür die erfahrenen Mitarbeiter zu suchen. Aber man konnte schließlich als Übergang zu dem halb- parlamentarischen System greifen und den „Reichsra- t“, einen Reichsrat, der unter dem Vorhine des Reichs- kanzlers sich aus den Spitzen der Heeresleitung, dem be- zogenen Staatssekretären und einer Reihe parlamen- tarischer Staatssekretäre oder Minister, oder

wie man sie sonst nennen würde, zusammensetzen und „die enge Führungsnahme zwischen Parlament und Regierung herstellen“ soll. Nur müßten die parlamentarischen Stellen dieses Reichsrates von den Mehrheitsparteien, und zwar von ihnen selbst besetzt werden und der Reichsrat müßte bei Entscheidungen wie diese auch über die Personfragen zu entscheiden haben.

Aber man lehnt das ja auch ab. Der Particularismus regt sich wieder und die „Bayer. Staatszeitung“ vertritt den Stand- punkt, daß die Parlamentarisierung, ein verantwortliches Reichs- ministerium, den bundesstaatlichen Charakter des Reiches befähigt, Rechte der Einzelstaaten diesen nimmt. Ja, ohne Aufgabe von Rechten geht es nicht ein- mal an. Um sie der Gesamtheit geben zu können, muß man sie einzelnen aber auch den Einzelstaaten nehmen. Das Ganze geht stets den Teilen voraus.

Heute aber rät sich diese Eigenbrödeli und Kleinfaarerei. Sie erschwert die Lösung der Krisis. Was nützt es, Namen der Kandidaten zu nennen, wenn man nicht weiß, wieviel und wer hinter diesem Namen steht. Und dennoch werden die Namen jetzt von allen Seiten genannt. Fürst Bismarck darf wohl als abgetan gelten, da er den Mehrheitsparteien nicht genehm ist. Das „D. Z.“ schreibt:

Die Namen des Ernährungskommissars Dr. Michaelis, des Reichsfinanzsekretärs Grafen Noebern, des Grafen Bernstorff, des Geheimrats im Haag, Grafen Brodendorff, Rankau, des Dr. Solz und zahlreiche andere tauchen teils für den Kanzlerposten, teils für den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes auf. Auch zwei Generale sollen auf der Kandidatenliste stehen.

Wir möchten darauf verzichten, uns an dem Käsefetzen zu beteiligen. Solange den Mehrheitsparteien nicht das Recht zu- gesprochen wird, ihre Vertrauensmänner für die Regierung zu bezeichnen, sind Vorschläge der Presse immer nur von Inter- essanten und kleinen Interessengruppen inspiriert und bieten keine Gewähr für einen Erfolg. B.

Vor der Entscheidung.

Rücktrittsgedäch des Reichskanzlers. — Die Frage der Stellvertretung.

Nach allen vorliegenden Berliner Meldungen, die nun weit bestimmter als die bisherigen Gerüchte ausfallen, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sein Abschiedsgedäch bereits eingereicht hat, und daß dieses Abschiedsgedäch entweder schon genehmigt ist oder in den nächsten Stunden genehmigt werden wird. Im Reichstage mußte man am Freitag abend auch schon zu er- zählen, daß in Bremen bis zur Ernennung eines Nachfolgers der Minister des Innern v. Voßkehl, der nach dem Wunsch des Herrn v. Bethmann Hollweg im Amte zu bleiben gedenkt, die Geschäfte des Ministerpräsidenten interimistisch übernehmen werde, während im Reiche der Stellver- treter des Kanzlers zu der interimistischen Verwal- tung der Kanzlergeschäfte berufen werde — solange er selbst im Dienste bleibe.

Nach der „Germania“ dürfte die Entscheidung über den Nachfolger des Herrn von Bethmann Hollweg kaum in 24 Stunden getroffen werden können, denn sie müßte selbst- verständlich nun zugleich klare Bahn bringen für alle die Fragen, die uns seit Jahr und Tag beschäftigen.

Der „Börsenkurier“ meint, die Vorformnisse der letzten Tage ließen die Annahme der Demission des Reichskanzlers so berechtigt erscheinen, daß an sie kaum noch gezweifelt werden könne.

Nach der „Börsenzeitung“ gehe aus der gestern erfolgten Betätigung des Reichstags gehe hervor, daß Herr v. Bethmann Hollweg denselben gegen sich habe.

Der „Woll. Jtg.“ zufolge sei gestern in parlamentarischen Kreisen die angebliche Absicht der Regierung erörtert worden, unter gewissen Umständen die Personalunion zwischen dem Kanzlerposten und dem des preussischen Ministerpräsi-

denen antworten. Als zukünftiger preussischer Ministerpräsident ist Herr v. Roebell genannt worden.

Wir hatten diese Meldung für eine neue Entschliessung des Reichstags gehört, hat aus seiner reaktionären Gesinnung so wenig ein Hehl gemacht, daß er sicher nicht geeignet ist, die Wahlreform mit ihr eine neue Zeit für Preussen in die Wege zu leiten.

Den Morgenblättern zufolge sei die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser das Entlassungsgebet des Reichstagslers v. Bethmann Hollweg angenommen habe. Eine Bestätigung dieser Nachricht siehe noch aus.

Das „E. Z.“ schreibt, die Kaiserin, daß Herr v. Bethmann Hollweg „es sei nicht mehr zu bezweifeln. Sein Nachfolger müßte durch seine Person und sofortige Tat die Gewähr dafür bieten, daß er erschossen sei, den Verhandlungsgegenstand vorübergeben und der Volkswahl das volle Recht der Mitregierung mit Verantwortung und Kontrolle zu geben.“

Vorträge beim Kaiser.

Berlin, 13. Juli. Der Kaiser empfing gestern nachmittag den Reichstag und hörte die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, des Chefs des Zivilkabinetts und des Reichsanwalts. Seine demnach empfangenen Reden der einzelnen Gensdarmen Grafen von Helldorf und hörte die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts, des Chefs des Zivilkabinetts, des Generalstaatsanwalts v. Hindenburg und des Generals Ludendorff.

Die Bewegung im preussischen Kabinet.

T. U. Berlin, 13. Juli. Wie die „Bor.“ erfährt, soll auch der Finanzminister Dr. Vengke die Absicht haben, sich seinen fünf Kollegen anzuschließen, aber nicht aus Opposition gegen die Wahlrechtsreform, sondern aus allgemeinen Gründen.

Zur Krise

Schreibt uns unser Parlamentsberichterstatter:
In der Presse ist gemeldet worden, daß eine neue Friedensformel aufgetaucht sei, als deren Urheber der nationalliberale Abgeordnete Dr. v. v. C. K. bezeichnet wird, und daß das Zentrum sich bereit erklärt habe, auf den Boden dieser neuen Friedensformel zu treten. Die Schwendung des Zentrums wird zurückgeführt auf die Tätigkeit der jetzt benachbarte in Berlin eingetroffenen bayerischen Zentrumsabgeordneten und auch auf den Einfluß des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Hertling. Wie dazu von der unterrichteten Seite erklärt wird, sind alle diese Meldungen unrichtig und in das Reich der Fabel zu verweisen. Sie entsprechen in keiner Weise den Tatsachen, sondern sind müßige Kombinationen. Die Friedensformel steht seit Tagen fest. Ebenso sicher ist, daß für diese Friedensformel eine große Mehrheit im Reichstage vorhanden ist. Der einzige unheilvolle Faktor in der Mehrheit war die nationalliberale Fraktion, die aber in ihrem letzten Fraktionsbeschlusse die Stimmgabe über die Friedensformel freigegeben hat. Danach wird ein Teil — und zwar ein ziemlich erheblicher Teil — der nationalliberalen Fraktion für die Friedensformel der Mehrheit stimmen. Der Rest der Abgeordneten aus Galder, die Mehrheit für eine neue Friedensformel zu gewinnen, hat außerhalb der Reihen der nationalliberalen Fraktion nicht den geringsten Anflug gefunden, namentlich nicht beim Zentrum, das in seiner letzten Fraktionsbeschlusse mit einer überwältigenden Mehrheit gegen ganz verwerfliche Ausnahmen beschloß, hat auf den Boden der Friedensformel der Mehrheit zu treten. Es wird in den Kreisen der Mehrheit des Reichstags sehr bedauert, daß durch solche unrichtigen Presseäußerungen im Laufe der Vernehmung wachgerufen wird, es bestünde in der Reichstagsmehrheit Verwirrung, während in Wirklichkeit Einigkeit vorhanden und die Mehrheit fest entschlossen ist, das einmal gesteckte Ziel weiterhin unbeeinträchtigt zu verfolgen.
In den Beschlüssen des Zentrumsabgeordneten Dr. Epshahn ist eine weitere Besserung eingetreten. An eine Teilnahme des Zentrumsführers an den politischen Geschäften in den nächsten Tagen ist jedoch noch nicht zu denken.

Die Parteiführer bei Hindenburg.

Wie in parlamentarischen Kreisen gestern verlautete, sollen die Führer der Reichstagspartei vom Chef des Generalstabes v. Hindenburg empfangen werden. Nächtmittag 5 Uhr hatte nämlich wieder eine intersektionelle Beratung stattgefunden, bei der man das Erscheinen v. Hindenburg erwartete. Diese Besprechung wurde abgebrochen und dafür die Parteiführer zu Hindenburg geleitet.

Von anderer Seite wird dazu berichtet:
Es hieß erst, daß sie alle gemeinsam an der Unterredung teilnehmen sollten, dann wurde, auf ihren eigenen Wunsch, bestimmt, daß die Vertreter der einzelnen Parteien nacheinander zu dem Feldmarschall gehen sollten, und es wurden, da die Zeit Hindenburgs knapp bemessen war, 15 Minuten für jede einzelne Unterredung festgesetzt. Zuerst sprach der hochgeachtete Kaner und Reichskanzler, dann die Konferenzleiter und die Nationalliberalen bei Hindenburg vor, schließlich kamen die Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei und des Zentrums an die Reihe. Es war inzwischen, da die verabredete vierstündige Besprechung überschritten worden war, spät geworden, und die Führer des Zentrums und der Sozialdemokratie mußten deshalb zusammen empfangen werden. Ludendorff wohnte den Besprechungen bei. In diesen Gesprächen wurde die Frage des Krieges und des Friedens und also auch die Nachkriegsfrage nicht berührt. Hindenburg und Ludendorff hatten nur den Wunsch, sich mit den Parteiführern über die Friedens-Resolution zu besprechen, in die der gemeinsamen Parteikonferenz aufgestellt und angenommen worden ist. Sie gaben den Abgeordneten ein Bild der Lage an den Fronten und der militärischen Gesamtsituation und wiesen auf die völlig ungeschickteste Schlagkraft der Armee und auf den sehr günstigen Stand der Dinge hin. Zum Schluß führte Ludendorff das Gespräch mit den parlamentarischen Besuchern, und so weit Wünsche geäußert wurden, so daß es in der entgegenkommenden verbindlichsten Form.

Am 7 Uhr abends, als diese Unterredungen vorüber waren, trafen die Parteiführer im Reichstagsgebäude ein und es fanden dort Fraktionskonferenzen statt, die Konferenz des sogenannten „Einigungs Ausschusses“ hat. In dieser Beratung des Ausschusses nahmen die Vertreter der nationalliberalen Partei nicht teil. Die Nationalliberalen haben die Beteiligung an der Friedens-Resolution ebenfalls abgelehnt unter der Begründung, daß erst

die „Parlamentarisierung“ des Reichstags erfolgen müsse und daß dann die Vorlegung einer Friedensentscheidung Sache der neuen Regierung sei.

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei einberufen.

Berlin, 14. Juli. Nach der „Berliner Morgenpost“ sei auf Antrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Feld der Reichsausschuß der Zentrumspartei einberufen worden.

Von der Westfront.

Zwei französische Flugzeuge bei Altkirch erbeutet.

Die „Böller Nachrichten“ melden, daß am Mittwoch von einem von Belfort kommenden französischen Fliegergeschwader an der belgisch-italienischen Grenze durch deutsche Abwehrkräfte zwei französische Flugzeuge, deren Benzinhälter durch die Besatzung durchlöcherigt wurden, in der Nähe von Frontenthal landen mußten. Die Flieger versuchten, ihre Flugzeuge in Brand zu stecken, was ihnen aber nicht gelang, weil deutsche Soldaten sie an dem Vorgehen hinderten. Die Flieger wurden nach Altkirch gebracht.

Deutsche Bomben auf Belfort.

Die „Böller Nachr.“ melden, daß ein deutsches Flugzeug am Mittwoch Vormittag über Belfort etwa 20 Bomben abgeworfen hat.

Un günstige Gentaustauschen in Frankreich.

WTB Bern, 13. Juli. „Stovestille de Lyon“ meldet aus Paris: Die Gentaustausche aus Marocco und Algier laufen ungünstig. In Frankreich dagegen ist die Lage weit davon entfernt, befriedigend zu sein.

Die „Köln. Ztg.“ meldet von der Schweizer Grenze: Der Ministerpräsident Dr. Berlepsch hat am Mittwoch dem Reichstag mitgeteilt, daß der Ministerpräsident für den kommenden Monat die Konzentrierung des Botes vorschlagen, da die Getreideernte ungenügend sei.

Englands Kriegswillen.

Berlin, 13. Juli. „Globe“ vom 3. 7. schreibt: Jetzt heißt es für uns, nicht auf Sonderfriedens-Vorschläge hereinfallen. Mit England erleben die Deutschen eine herbe Enttäuschung, nun müssen wir uns hüten, in die gleiche Falle zu gehen. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist es, nicht den Friedensschmelzen zu lauschen, sondern immer und immer wieder zuzuschlagen, so hart und so fern, wie wir nur können. Wir wollen die Hunnen schlagen, wann und wo immer wir sie treffen, in den Schützengräben, auf und unter dem Wasser, in ihren befestigten und in ihren offenen Städten. Jetzt geht es um Krieg gegen Krieg, und wehe uns, wenn wir nicht alle unsere Kräfte daranwenden!

Ein englisches Erdölmineralschiff vernichtet!

London, 13. Juli. (Neuter.) Das Erdölmineralschiff „Bangor“ ist in der Nacht zum 9. Juli, während es vor Antarktis, in die Luft geflogen und sofort gesunken. Die Ursache war eine Explosion. Getötet sind nur zwei Mann und ein Offizier. Der Rest ist unversehrt geblieben. 95 Mann von der Mannschaft waren zur Zeit der Explosion nicht auf dem Schiff. Eine Untersuchung ist angedeutet.

Die „Bangor“ ist im Jahre 1909 vom Stapel gelassen. Sie wurde bei Widars erbaut und hatte eine Wasserverdrängung von 19 500 Tonnen. Die Schnelligkeit betrug 22,1 Seemeilen; armiert war das Schiff mit zehn 30,5 Geschützen, achtzehn 10,2, vier 4,7 Schnellfeuergeschützen und zwei Torpedolanzierrohren. Die Beladung betrug im Frieden 870 Mann.

Die Schlacht um den Frieden.

Telegramm unseres zum Obster kaisertlichen Kriegsberichterstatters.

(Unberechtigter Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

Deutscher tritt nach den letzten Gefangenenaussagen der Bewegung hervor, der die russischen Massen nach so langer Untätigkeit wieder in Kampf und Tod trieb. Auch wir lernen der gemeine russische Soldat seinen anderen Wunsch, als den nach sofortigen Frieden, und es mag ihm dabei ziemlich gleichgültig sein, welche Ausnahme die Friedensbedingungen haben, wenn er nur nach dem Geauen der drei Jahre endlich Frieden hat. Diese Masse, deren Blut die Schlacht bezahlen muß, haben die Deputierten in Arbeit genommen. Ursprünglich waren sie die Vertrauten der Kompagnie, des Bataillons, des Regiments, aber die vorläufige Regierung verstand es, wenigstens an großen Stellen der Front, alle ihre unheimlichen Elemente aus den Reihen dieser Soldatenbesatzungen innerhalb der Armeen auszumergen. Diese Soldatenbesatzungen, an gewissen Eigenschaften der Masse fast überlegen, sind im allgemeinen ziemlich maßlos ententfremdet eingetreten. Schon vor der Offensiv wurde sie beabsichtigt, wie sie immer fester in die Hand der Petersburger Fädenzieher genommen wurden. Diese Männer nun haben den russischen Soldaten die Leberzeugung beigebracht, nur die rücksichtslose Offensiv könne den baldigen Frieden bewirken, und nun rennen die russischen Bauern zu Jesu taubenden in den Tod, in eine Schlacht um den Frieden. Es ist erschütternd, aus der Nähe zu betrachten, wie sich die Wirkung von Goldprühen und eiserner englischer Diplomatie in Menschenbild umsetzt. Dabei lebt im gemeinen russischen Mann wie im Offizier, eine wahre Furcht vor deutschen Ueberredungen. Nach der Jurisdiktion unserer Front auf die beherzlichen Söldenigei nach Lucanabad, an dem Nebenflüssen des Anso, der bei Hattig in den Dienst mündet, haben die Russen nur zögernd und langsam nachgeholt. Einige Partisanen gingen erst nach gewisser Zeit in das unübersichtliche waldige Hügelgelände und machten sich, sobald ihnen die Schiffe anderer Partisanen um die Ohren pfliffen. So kam es gestern zu keiner Kampfhandlung, auch an dieser Stelle der Singelfront. Kb.

Holl Brandt, Kriegsberichterstatter.

Russische Genugtuung über unsere innerpolitische Krise: „Ein Erfolg des Arbeiters und Soldaten.“

Die sozialistische Presse in Petersburg nimmt die Scandinavianischen Nachrichten über die politische Krise in Deutschland trotz der Offensiv und der starken inneren Gärung mit höchstem und härtestem Interesse auf. Obgleich sich die meisten Blätter auf den Standpunkt des Abwartens stellen, erblicken sie die Anfänge der Krise als „bedeutungsvoll“, „Rabotoff-

„Jaga Gogeta“ meint, die Einführung des parlamentarischen Systems in Deutschland, das offensichtlich von der Mehrheit der Reichstagspartei angedacht wird, würde die große Reichsversammlung zwischen den Vätern zweifellos nicht unerschütterlich erleichtern. „Stawitja“ ist der Ansicht, daß die politische Krise in Deutschland das erste sichtbare Ergebnis der durch den Arbeiter- und Soldatenrat eingeleiteten internationalen Verständigungsoffensiv und der russischen Offensiv ist. „Romosje Schin“ freut sich, daß das deutsche Volk Anhalten trifft, um dem deutschen Imperialismus die Spitzen zu brechen. Die bürgerliche Presse nimmt zu den Nachrichten über die politische Krise in Deutschland noch nicht Stellung. Im allgemeinen zeigt es sich also, daß die russischen Blätter über die wahren Ursachen der politischen Krise mangelhaft und sehr einseitig unterrichtet sind.

Der Jar zeichnet russische Kriegsangehörige.

Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ aus Rotterdam meldet, berichtet der Leiter aus Petersburg: General Graf von Bendorff, der frühere Kammerherr des Jaren, hat mitgeteilt, daß der Jar und seine Familie auf die russische Anteilnahme zu zeichnen wünschen.

Dienfte an der rumänischen Front?

Aus Sofia wird berichtet: Von der rumänischen Front wird gemeldet: Seit drei Tagen nicht die Tätigkeit der feindlichen Artillerie längs der ganzen rumänischen Front bis zu den Donauumflüssen ständig zu. Die Russen sollen sich einschließen, und es dürften Kämpfe mit ziemlich reichem Wahrscheinlichkeit zu erwarten sein. Bei Galatz vernehmen kleinere Abteilungen, sich überraschend unseren Stellungen zu nähern, würden aber überall erfolglos abgefangen. Auch von den übrigen Teilen der Front werden kleinere Infanteriegefechte gemeldet, die offenbar den Zweck haben, unsere Stellungen zu erkunden. Nach Meldungen der Flieger berichtet an den beifahrbarischen Eisenbahnen ein äußerst reger Verkehr.

Tafe Ionescu zurückgetreten.

WTB Bern, 13. Juli. „Reit Parisien“ meldet aus Jassy: Tafe Ionescu, Grajan und Jitratia reichlich ihre Entlassungsgebet als Kabinettsmitgliedern ein.

Kampf in Peking.

Die Verbotene Stadt in Flammen.

WTB Bern, 13. Juli. (Neuter.) Um 4 Uhr morgens haben die Republikaner Peking angegriffen, wobei sie Artillerie, Maschinengewehre und Flieger benutzten. Sechs Fremde wurden verwundet, 3000 Mann kaiserlicher Truppen sind gefangen. Nach späteren Nachrichten aus dem republikanischen Hauptquartier wurden die 3000 Mann nach einständigen Kampf im Himmelstempel gefangen. General Tchang-Sun schickte sich in die kaiserliche Gefangenenschaft. Der Kampf mit dem Rest der kaiserlichen Truppen geht in der Verbotenen Stadt, wo ein großer Brand wütet, weiter.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Deutscherfolgung in Siberia.

Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus Basel: Nach einer Information des Reuters-Bureaus aus London beschloß die Regierung der Republik Liberia die Entfernung aller Deutschen und die Quatidation aller deutschen Geschäfte. Der Präsident der Republik ordnete an, die Deutschen möchten sich bereithalten, unverzüglich abzureisen, und er verbot den Unterthanen und Ausländern, das Amt von selbstbetreuenden Leitern der deutschen Unternehmungen zu übernehmen. Der spanische Konsul protestierte energisch gegen diesen Beschluß, wobei er erklärte, daß ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen keineswegs zur Annulierung des Handelsvertrages Liberias mit Deutschland führe. Der Präsident wird das Parlament auf den 16. Juli zur Vernehmung der Kriegserklärung an Deutschland einberufen.

In Brasilien kein Stützpunkt für U-Boote.

WTB Rio de Janeiro, 12. Juli. (Savasmendung.) In amtlichen Kreisen wird verneint, daß in Santos kein Stützpunkt für Unterboote sich befindet.

Versenk.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Kopenhagen: Der norwegische Schoner „Asheim“ ist im Atlantischen Meere versenkt worden.

Ein tapferer Seminarist als Gast des Kaisers.

Der jetzt 19jährige Seminarist Rudolf Schulz aus Dittweiler, Geg. Trier, Kriegsvollwille einjähriger Unteroffizier a. D. unternahm während der diesjährigen Pfingstferien eine mehrtägige Wanderung nach dem Dreieck des Großen Hauptquartiers. Bei einem Spaziergang begegnete er dem Kaiser. Als dieser der Kriegsvollwille bemerkte, der sich Schulz als Feldzugsteilnehmer erworben hatte — des Eisenkreuzes 1. Klasse und des Friedrich-August-Kreuzes 1. Kl. — anerkennend, tief er ihn zu sich heran, fragte nach seinen Kriegserlebnissen, wie er zu den Auszeichnungen gekommen sei und beglückwünschte ihn sehr herzlich. Am meisten freute sich der Kaiser darüber, daß Schulz sich die Auszeichnungen in so jugendlichem Alter erworben hatte.

Schulz war 17 Jahre alt, als er als Kriegsvollwille mit einem aktiven Infanterie-Regiment zuerst in Frankreich kämpfte. Im Dezember 1914 durch einen Kopfschuß verwundet, kam Schulz nach vollständiger Genesung wieder zum Regiment nach Russland, wo er im Juni 1915 abermals leicht verwundet wurde. Im März 1916 hatte er bei Pforten Gelegenheit, sich besonders auszuzeichnen und das Eisernen Kreuz 1. Klasse zu erwerben. Er wurde von einer Granate durch neun Verletzungen schwer verwundet, nach Heilung der Wunden als dienstunbrauchbar entlassen und konnte wieder als Schüler in das Lehrseminar zu Dittweiler eintreten.

Alles dies durfte Schulz dem Kaiser erzählen, hatte auch die Ehre, mit Generalstaatsanwaltschaft v. Hindenburg zu sprechen und erhielt dann eine Einladung zu großer Hauptquartier zur Vernehmung des „Münche“-Films. Hierbei stellte der Kaiser dem jungen Helden dem König von Bulgarien und einer Reihe anderer hoher Persönlichkeiten vor, die ihm alle die Hand reichten und ihm anerkennende Worte sagten. Der König von Bulgarien verlieh ihm den bulgarischen Tapferkeitsorden 1. Klasse.